

Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten

Organ des Verbandes der deutschen Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion u. Expedition: Berlin W. 30, Winterfeldstr. 24
Fernsprecher: Amt 9, Nr. 6188
Redakteur: Heinrich Bürger

Motto:
Staats- und Gemeindebetriebe
sollen Mutterbetriebe sein

Erscheint wöchentlich Freitags
Bezugspreis vierteljährlich durch die Post (ohne Bestellgeld)
2 Mk. — Postzeitungsliste Nr. 3104

Redaktionschluss: Sonnabend vor dem Erscheinen.

Die Gewerkschaft erscheint in einer Auflage von 27 500 Exemplaren.

Inhalt.

Zur Beachtung. — Partei und Gewerkschaften. — Kommunalpolitiker. — Zur Lage der städtischen Arbeiter in Köln. II. — Die deutschen Arbeitersekretariate im Jahre 1905. — Bremer Brief. — Zur Frage der Grenzfreiheit. — Aus unserer Bewegung. — Notizen für Gasarbeiter. — Anzeigen.

Zur Beachtung.

Auf Grund des § 46 unseres neuen vom Verbands- tag in Mainz beschlossenen Statuts ist zur Aufsicht über die Haltung und Schreibweise der „Gewerkschaft“ und ihrer Beilagen eine Preßkommission zu bilden. Dieselbe besteht aus fünf Personen und wird von der Mitgliedschaft desjenigen Ortes, an welchem die Verbandszeitschrift erscheint, gewählt.

In ihrer außerordentlichen Generalversammlung am 20. Juni d. J. wählte die Filiale Groß Berlin in diese Kommission die Kollegen Karl Matt, Ernst Kroll, Carl Schabel, Stanislaus Besolowsky und Emil Wutzky. Die Konstituierung derselben ist nunmehr in der Sitzung am 12. d. M. erfolgt, und zwar wurde der Letzgenannte zum Vorsitzenden, Kollege Besolowsky zum Schriftführer gewählt.

Wir bitten daher, alle Zuschriften zu adressieren:

An den Vorsitzenden der Preßkommission

Emil Wutzky

Berlin SW. 13, Alte Jakobstraße 145, part.

Die Preßkommission.

Partei und Gewerkschaften.

Dieses Thema ist schon seit Ende der sechziger Jahre des vorigen Jahrhunderts und aus den verschiedenartigsten Anlässen oft und eingehend erörtert worden. Wir machten in unserer letzten Gewerkschaftsrundschau bereits darauf aufmerksam, daß die jetzt wieder im großen Maßstabe geführte Diskussion über den Massenstreik sicher bei der Grundfrage enden wird: Wie stehen Partei und Gewerkschaften zu einander? Jetzt lautet das Stichwort noch: Generalkommission und Parteivorstand, aber es wird bald wieder heißen: Partei und Gewerkschaften. Die äußere Anregung zu der gegenwärtigen Diskussion gab bekanntlich die „Einigkeit“ mit ihren fortlaufenden

Veröffentlichungen aus dem bisher immer noch unflugertweise unter dem Geheimhaltungsgebot stehenden Protokoll der Konferenz der Verbandsvorstände im Februar dieses Jahres. Es wäre, nachdem die Angelegenheit nun einmal schon so weit gediehen ist, zu wünschen, daß die Sperre über dieses Protokoll einer allerdings nicht öffentlichen Verhandlung aufgehoben würde, um allem Mystizismus ein Ende zu machen. Je länger die Sperre aufrechterhalten wird, desto mehr Wasser wird auf die „Einigkeits“-mühle getrieben. Die gegenwärtige Diskussion klingt sehr an die Zeit von 1893 nach dem Kölner Parteitage an. Mit gewissen Unterschieden natürlich. Damals hieß es: Der Weizen der Gompers und Kousforten blüht in Deutschland nicht. Jetzt heißt es: O weh, die deutschen Gompers haben gesiegt, gesiegt auf der ganzen Linie. Ihr Weizen blüht üppig. Die damals so redeten, wußten offenbar nicht, was sie sagten, und die heute so reden, wissen es offenbar auch nicht. Wer ist Gompers? Was ist Gompers? Samuel Gompers ist der Präsident der American Federation of Labor (Bund der Arbeit), das geistige Haupt der amerikanischen Gewerkschaftsbewegung. Von Hause aus Tabakarbeiter, hat er mit gewaltiger Energie die Arbeiterorganisation des Gewerkschaftsbundes geschaffen mit dem Grundsatze, alle amerikanischen Arbeiter unter einen gewerkschaftlichen Hut zu bringen, ohne Ansehen ihrer politischen oder religiösen Anschauungen. Kästzungen haben jahrelang in alle Laube die Mär verbreitet, daß Gompers alle Boodles mitmache, d. h. die Stimmen der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter bei den Wahlen um persönlicher oder sonstiger Vorteile willen an bürgerliche Parteien verschächere. Es ist nie bewiesen worden und kann auch nie bewiesen werden. Es ist unwahr und auch für denjenigen, der Gompers und dessen Tätigkeit kennt, innerlich im höchsten Grade unwahrscheinlich. Wir erinnern uns noch lebhaft einer großen Parteiversammlung in Hamburg im Herbst 1893, in welcher Bericht vom Kölner Parteitag erstattet wurde. Genosse Legien, der damals berichtete, hatte sich in Köln auch mystifizieren lassen und verbat sich sehr entschieden, mit Gompers in einem Atemzuge genannt zu werden. Er sei kein Gompers. Da war es der Genosse v. Elm, der unter größter Spannung der außerordentlich großen Versammlung vor aller Öffentlichkeit diesen Räuberpistolen ein Ende machte und Gompers große Verdienste um die amerikanische Gewerkschaftsbewegung mit einer starken Wendung gegen Legien feierte. Das war damals ein historischer Moment. In der Tat, man ist erfreut und enthusiastisch, wenn man diese amerikanische Gewerkschaftspropaganda erlebt. Da liegt Schwung, Ideal und, was bei den Hankes ganz selbstverständlich ist, ein ungeheurer praktischer Sinn darin. Gompers ist die Inkarnation des amerikanischen Gewerkschaftsgedankens.

Vor genau zehn Jahren hatten wir in der sommerlichen Schwüle auch eine sehr lebhaft gewerkschaftsdiszussion. Parvus hatte seine bekannte Broschüre „Die Gewerkschaften und die Sozialdemokratie“ erscheinen lassen und Dr. Max Duard hatte zu Frankfurt seine bekannten vier Thesen über die Gewerkschaftsbewegung angeschlagen. Duard ist ein Mann, der für die Gewerkschaftsbewegung von allem Anfang an einen „Nack“ gehabt hat. Schon in den achtziger Jahren beobachtete er die

Streikbewegung und gab in der „Neuen Zeit“ vielbeachtete Winke für die Streikpraxis. Unter den Handlungsgeschülten hatte er jahrelang reiche praktische Erfahrungen als Syndikus der Gehilfen gesammelt. Er durfte also schon mitreden, so sehr ihm das auch verübelt worden ist. Auf den Gehalt der Cuardschen Thesen kommt es uns heute nicht an, denn was darin gefordert wurde, ist heute längst alles Tatsache geworden. Worauf es aber ankommt, das ist die Bekämpfung, die Cuard damals erfuhr und was der große Wellenschlag der Diskussion alles für Ansichten über die Gewerkschaftsbewegung an das holzpapierne Gestade spülte. Damals herrschte in der deutschen Gewerkschaftswelt große Niedergeschlagenheit und starke Verstimmung, deren Ursachen in dem kläglichen Verlauf des Berliner Gewerkschaftskongresses (Mai 1906) zu suchen sind. Kein Wunder. Die deutsche Gewerkschaftsfrage wollte nicht so recht vorwärts, waren doch auf dem Kongress nur 27111 organisierte Arbeiter vertreten. Es herrschte starke Reizung, die Generalkommission, die kaum sechs Jahre bestand, wieder zu beseitigen. Ihr Wirken sei unfruchtbar gewesen, hieß es, wenn nicht am Ende gar schädlich. Es wurden ihr die bittersten Vorwürfe gemacht. Noch ganz am Schluß der Verhandlungen, nachdem sie eben wieder zusammengefaßt war, drohte noch eine gefährliche Klippe. Man konnte sich über das Regulativ nicht einigen. Die großen Verbände, was damals groß hieß (die Holzarbeiter zählten 20115 Mitglieder, die Metallarbeiter 3175, die Maurer 11800), machten Schwierigkeiten. Roste vom Holzarbeiterverband legte sein Mandat wieder nieder. blieb aber dann doch in der Generalkommission. Die Holzarbeiter und Metallarbeiter verzichteten auf eine Vertretung in dem gerade neugeschaffenen Gewerkschaftsausschuß, der Ueberwachungsinstanz der Generalkommission. Der Tabakarbeiterverband hatte sich gar nicht offiziell auf dem Kongress vertreten lassen. Der Verlauf der Verhandlungen war nicht sehr erhehrend. Der Genosse v. Elm, einer der hervorragendsten Gewerkschaftspropagandisten Deutschlands, lehnte eine Wiederwahl in die Generalkommission ab. Auf dem Kongress offen machte sich noch ein recht geringes Verständnis für große gewerkschaftliche Fragen. Der Vertreter der Dafenarbeiter aus Hamburg erklärte beispielsweise in der Debatte über den Streikfonds, daß an einem längeren Ausstand der Dafenarbeiter gar nicht zu denken sei. So eine Sache könne höchstens acht Tage dauern. Wenige Monate später brach der lang an dauernde Niesentkampf im Hamburger Hafen aus. Glücke führte aus, daß die Einführung eines Zentralstreikfonds wegen der elenden materiellen Lage der deutschen Arbeiter nicht möglich sei. Pringmann vom Zimmererverband sagt, daß die deutsche Gewerkschaftsbewegung niemals den Stand der englischen Gewerkschaftsbewegung erreichen werde. Jetzt sind wir sogar drauf und dran die Engländer zu überholen. Die ganze Debatte über diesen Punkt wird von Müdigkeit und Apathie beherrscht. Lauter Verzweiflung, keine Spur einer Hoffnung aufhebung der Bewegung. Draußen in den Gewerkschaftsversammlungen klang immer noch das Wort von der Ohnmacht der Gewerkschaften dem konzentrierten Kapital gegenüber. Zumal in den Zeiten wirtschaftlicher Depression könnten Gewerkschaften rein gar nichts ausrichten und müßten Lohnreduktionen und Arbeitszeitverlängerungen ohne Widerstand hinnehmen. Heute lachen wir darüber. Damals wurden diese Ansichten als ökonomische Grundwahrheiten vertreten.

Es war ein Verdienst des Genossen Dr. Cuard als er diesen Rebel allgemeinen Miß- und Meinungs durchleuchtete. Er sagte, die Gewerkschaftsbewegung hat den Zweck, die wirtschaftliche Lage des Arbeiters bereits unter der heutigen Gesellschaftsordnung nach Möglichkeit zu verbessern. Neben den Lohnkämpfen, Unterstützungsanstalten usw. haben die Gewerkschaften sich auf das eingehendste mit der Sozialgesetzgebung zu befassen. Arbeiterschutz, Gewerbeinspektion, Arbeiterversicherung, die gerade schwebende Jünningsgesetzvorlage böten den Gewerkschaften ein so großes Tätigkeitsgebiet. Gewerkschaftsstellvertreter hätten hier intensiver eingzugreifen. (Damals bezog sich als erstes nur das Nürnberger Sekretariat.) Das gäbe frischen Auftrieb in die Bewegung. Das war gerade nichts neues, aber wie und wann es gesagt wurde, fiel auf. Auch alle Partei- und Gewerkschaftsorgane nahmen Stellung zu diesen Anregungen. Wenig für aber sehr viel Wider. Auch sehr viele Gewerkschaftsleute nahmen Stellung gegen die Cuardschen Vorschläge. Damals bestand das Verbindungsverbot noch für politische Vereine. Man erblickte daher eine

große Gefahr für die Gewerkschaften, wenn sie sich mit Sozialpolitik befassen würden. Das ist im Laufe der Zeit nun auch überstanden. Doch dieser Einwand war noch mehr nebenläufig. Der „Vorwärts“, der am meisten über Cuard herfiel, verneinte beispielsweise überhaupt die Notwendigkeit von Gewerkschaftskongressen auf das allerentschiedenste. Das Geld für Gewerkschaftskongresse sei rein wegzuwerfen und könne für andere Gewerkschaftszwecke viel besser Verwendung finden. Er schrieb weiter:

„Zu diesem Resultat kommen wir, weil uns das negative Resultat des letzten Kongresses durchaus keine zufällige Erscheinung ist, die sich leicht hätte vermeiden lassen, sondern weil wir die Ueberzeugung haben, daß das Ergebnis gar kein anderes sein konnte, als es tatsächlich gewesen ist. Man täusche sich doch nicht über die Dinge wie sie wirklich sind. Eine Gewerkschaftsbewegung mit nur „praktischen“ Zielen, wie sie von einer Anzahl sozialreformistisch angehaunter Gelehrten und Bureautanten bei uns in Deutschland nach ausländischem und speziell englischen Muster angelehrt wird — sie ist neben der Existenz einer großen sozialdemokratischen Arbeiterpartei nur in sehr beschränktem Maße möglich. Wir behaupten weiter, daß, solange wir eine große politische Arbeiterpartei in Deutschland haben werden, welche den Vorkampf für die politische Freiheit überhaupt, und die soziale Emanzipation der Arbeiterklasse in besonderem Ueberrahmen hat, es Sache dieser Partei ist, die Aufgaben zu lösen, welche der Frankfurter Vorschlag den Gewerkschaftskongressen überweisen mochte.“

Heute weiß wohl jedes Gewerkschaftsmitglied aus seiner eigenen Erfahrung, daß die Dinge doch anders liegen und ohne die millionenfältige Gewerkschaftsarbeit jede erfolgreiche Sozialpolitik ausgeschlossen ist.

Ebenso abweichend sprach sich der „Vorwärts“ auch gegen ein Zentralorgan der Gewerkschaften aus, das insbesondere auf dem Gebiete der Sozialpolitik sehr eingehend informiere. Heute versteht das vergrößerte „Correspondenzblatt“ der Generalkommission längst diesen Informationsdienst. Ewater sagte der Vorwärts:

„Trotz der internationalen Verbrüderung der Arbeiter, trotz des großen Reizes des Studiums der ausländischen Gewerkschaftsbewegung wäre es töricht, einfach das zu kopieren, was anderwärts erfolgreich durchgeführt wurde. Daß dies falsch wäre, haben wir vor mehr als Jahresfrist gezeigt bei der Besprechung der Vorschläge, die belgische und englische kooperativ (Genossenschafts) Bewegung auf Deutschland zu übertragen. Ganz ebenso steht es mit der Gewerkschaftsbewegung.“

Alle, die so sprachen, wollten mindestens „ökonomisch-historische“ Marxisen sein. Sonderbar genug war es, daß sie sich im Widerspruch setzen zu dem Generalrat der Internationalen, der in seiner Denkschrift, vorgelegt dem Internationalen Kongress zu Genf 1906, über den Achtstundentag bezüglich der Gewerkschaften u. a. sich äußerte:

„Das unmittelbare Ziel der Gewerkschaften beschränkt sich daher auf die notwendigen täglichen Kämpfe zwischen Arbeiter und Kapital, auf die Abwehr der unaufrichtigen Uebergriffe des Kapitals, mit einem Wort, auf die Fragen des Lohnes und der Arbeitszeit. Diese Tätigkeit der Gewerkschaften ist nicht nur berechtigt, sondern notwendig. Sie kann nicht abgelehnt werden, solange die heutige Gesellschaft fortbesteht. Im Gegenteil, sie muß verallgemeinert werden durch die Verbindung der Gewerkschaften in allen Ländern.“

Auf der anderen Seite haben die Gewerkschaften unbewußt Schwerpunkt der Organisation für die Arbeiterklasse gebildet, wie die mittelalterlichen Zünfte und Gemeinden es für die Bourgeoisie taten. Wenn die Gewerkschaften in ihrer ertieren Eigenschaft unumgänglich notwendig sind für die täglichen Kämpfe zwischen Kapital und Arbeit, wahre Ueberlebensorgane, so sind sie in ihrer zweiten Eigenschaft noch weit wichtiger als organisierte Förderungsorgane der Aufhebung des Systems der Lohnarbeit und Kapitalherrschaft selbst.“

Man war eben noch päpstlicher als der Papst. Der starre Dogmatismus beherrschte noch zu sehr die deutsche Arbeiterbewegung. Man konnte noch nicht begreifen, daß die Bewegung selbst mächtiger ist, als alle erklügeltsten „ökonomischen Gelehrer“. — Das hat sich glücklicherweise geändert. Die deutschen Gewerkschaften haben einen ungeheuren Aufschwung genommen.

Ihr Einfluß macht sich heute in den wirtschaftlichen Kämpfen zwischen Arbeit und Kapital schon außerordentlich bemerkbar für die Arbeiterklasse bemerkbar. Natürlich muß diese Wandlung auch das Verhältnis zur Partei beeinflussen. Parteischriftsteller von Auf haben später die gewerkschaftliche Tätigkeit uneingeschränkt anerkannt. So Rebel in seiner bekannnten Broschüre über die Gewerkschaften. So auch Mansthy in einer

Diskussion, die er mit unserem früherem Verbandsvorsitzenden Poersch über die Neutralität der Gewerkschaften im Winter 1898 in der „Neuen Zeit“ führte. Damals trat Kautzky den Poersch'schen Ansichten über die Gewerkschaftsbewegung bei. Sieben Jahre später äußert sich Kautzky in der „Neuen Zeit“ etwas anders, so ziemlich in entgegengesetztem Sinne. Hierauf näher einzugehen, wollen wir für heute unterlassen. Es kam uns nur darauf an, auf den Wandel im allgemeinen hinzuweisen, der sich im Laufe eines Jahrzehnts vollzogen hat. Das soll uns einen gewissen Anhalt bieten bei den Diskussionen, die jetzt wieder folgen werden. Es wird zu scharfen Auseinandersetzungen kommen, die sich indessen nach einer ganz anderen Richtung bewegen werden, wie früher. Es handelt sich nicht mehr darum, die Ohnmacht und die Einflußlosigkeit der deutschen Gewerkschaften zu betonen oder zu erklären. Der „Vorwärts“ von heute redet ganz anders als der „Vorwärts“ von vor zehn Jahren. Er betont mit einem gewissen, unverkennbarem Nachdruck, daß die Meinung der sehr einflussreichen Gewerkschaftsleute in der Generalkommission nicht umgangen werden könne in der Frage des Massenstreiks. Köln und Jena stehen sich schroff gegenüber. Daraus eine Spaltung der Partei abzuleiten zu wollen oder sie zu wünschen, wäre absurd. Die „Einigkeit“ macht zwar schon Anstrengungen, auch die Partei auseinander zu eingen; doch das wird ihr wohl kaum gelingen. Die Frage des Massenstreiks wird auch in den Mitgliederkreisen der Zentralverbände eingehender diskutiert werden müssen.

Wie aber auch die endgültige Entscheidung in dieser besonderen Frage ausfallen möge, bis auf weiteres können wir der Arbeitsteilung auf politischem und wirtschaftlichem Gebiete durch Partei und Gewerkschaften nicht entraten. Die sozialdemokratische Partei hat ihre besonderen Aufgaben, die nicht ohne weiteres von den Gewerkschaften übernommen und erledigt werden können, und ebenso ist es auch umgekehrt. Durch die straffere Organisation der Partei, die jetzt allenthalben durchgeführt wird, können gewiß sehr leicht neue Schwierigkeiten entstehen, sie müssen aber nicht notwendigerweise bestehen. Es wird Aufgabe der leitenden Körperschaften hüben und drüben sein, mit Geduld alle Reibungsflächen wieder auszuwischen. Partei und Gewerkschaften werden sich nicht nur ergänzen, sondern auch gegenseitig beeinflussen. Eigentliche und ernste Differenzen zwischen Partei und Gewerkschaften bestehen zurzeit noch nicht. Es wird indessen großer Vorzicht bedürfen, um das notwendige gute Einvernehmen zwischen beiden Richtungen nicht stören zu lassen. Den Einigkeitsschwämmern, die da jetzt so beweglich jammern und sagen, die alten, gutmütigen Herren vom Parteivorstand hätten sich von der Generalkommission distanzieren lassen, können wir keine so große Bedeutung beimessen. Aber man tut gut, zu prüfen, ob und inwiefern Symptome etwa tiefergehender Unzufriedenheit größerer Streife organisierter Arbeiter vorliegen. Achtlos und mit Unvorsichtigkeit an diesen Dingen vorbeizugehen, empfiehlt sich nicht, das könnte sich empfindlich rächen. Ueber die Frage des Massenstreiks selbst, werden wir uns noch besonders auslassen.

Im Verlaufe der Diskussion von vor zehn Jahren, die wir unseren heutigen Betrachtungen zugrunde gelegt haben, wurde indessen noch hervorgehoben, daß Partei und Gewerkschaften einstens ein gemeinsames Strombett haben werden. Dr. Luard bemerkte hierzu:

„Die Verschmelzung von gewerkschaftlicher und politischer Bewegung mag die letzte Phase einer Entwicklung sein, die uns eilen wahrscheinlich dünkt — wir sind aber von diesem Ende sehr, sehr weit entfernt. Das laufende Jahr (1896) mit seinem wirtschaftlichen Aufschwung hat uns wieder eine hohlerfreundliche Startung zahlreicher Gewerkschaften gebracht, während unsere politische Organisations nicht entfernt ähnlich wachsen. Wir haben also noch auf sehr lange Zeit mit der gesonderten Gewerkschaftsbewegung zu rechnen, und unser ganzes Bestreben kann sich nur darauf richten, keine unnötigen, überflüssigen Scharaken zwischen politischer und gewerkschaftlicher Bewegung aufzurichten. Und nun behaupte ich: die Verwirklichung meiner Vorschläge würde gerade die Wirkung haben, daß das Gefühl der wechselseitigen Unentbehrlichkeit verflärt würde, während umgekehrt das harte Festhalten am gegenwärtigen Zustand (nämlich die eiferfüchtige Forderung der Entfallung der Gewerkschaftsbewegung) nur zu leicht dahin führen kann, die notwendige Trennung zwischen Partei und Gewerkschaften in unnötiger Weise zu verschärfen.“

Inzwischen haben wir eine wirtschaftliche Hochkonjunktur in Deutschland erlebt wie nie zuvor. Und der gegenwärtig günstige Stand im deutschen Wirtschaftsleben überragt wieder alles vorher dagewesene. Dementsprechend haben sich unsere Gewerkschaftsziffern zu ungeahnter Höhe erhoben und sie werden sich noch viel weiter entwickeln. Unsere Mandate im Reichstage haben sich auch ansehnlich vermehrt. Positiver Einfluß auf den Gang der Politik steht uns aber noch. Dies ist des Pudels Kern. Hier entspringen wieder alle neuen Zweifel und alle Unzufriedenheit bei Gemäßigten und bei Radikalen. Hier liegt der Lebensquell des sogenannten Revisionismus, den man zur Abwechslung jetzt gewerkschaftlich bezeichnet. . . .

Nicht wie ein Wildbach vom romantischen Gebirge wird die deutsche Arbeiterbewegung künftighin dahinstürzen, sie wird auch kein Zumpf sein, wie die deutschen Einigkeitsschwämme quaken, nein wie ein breiter gewaltiger Strom wird sie majestätisch dahinstürzen. Das eine Ufer wird Partei heißen und das andere Gewerkschaft. Diese Entwicklung nun forcieren zu wollen, wäre töricht. Wir sehen sie jetzt schon viel deutlicher und bestimmter als vor zehn Jahren und nichts wird sie hindern können. Die Erscheinungen in der Partei und in der Gewerkschaftsbewegung zeigen, wenn man nicht nur ihre Außenseite betrachtet, konvergierende Linien. Allerdings wird die künftige Politik auch ein anderes Gepräge haben, als die unserer Tage.

H. B.

Kommunal-Philister.

Seitdem die organisierte Arbeiterschaft sich auch auf dem Gebiete der Kommunalpolitik praktisch bemüht, ist in unseren lieben deutschen Stadt- und Dorfparkamenten schon mancher Stoffeuzer ausgelöst worden und philiströse Verdienste konnte ihre Triumphe feiern, indem sie gegen sozialdemokratische Gemeindevorsteher oder gegen Anträge organisierter Gemeindeglieder kräftig vom Ueber gegen. Die Angst in unseren Philistern beweisen uns Lappende Geben gefahren und um nicht durch die Arbeitervertreter und Arbeiterfragen die beschauliche Ruhe noch mehr gefährden zu lassen, als es ebenhin schon geschehen ist, greift man zum Mittel des Wahlrechtsraubes. In einer Verabhandlung wurde die Genossin Fick vor dem hamburghischen Landgericht wurden die Zeugen vom Vorsitzenden zwar erjacht, das Ding nicht so idiosyncrasisch beim rechten Namen zu nennen, wir würden uns also etwas schonender ausdrücken. So eine Wahlrechtsänderung der bürgerlichen Mehrheit sollte radikal werden, kann aber nicht hindern, daß trotzdem ein oder zwei oder mehr „Störenfriede“ hier und da noch „eindringen“ und „Atsch für Jehu machen“. Deswegen haben sich die wilschawordenen Philister in einigen Stadtparkamenten sogar dazu aufgerafft, über die „Eindringlinge“ die Kaulspitze zu verhängen, und wir konnten im Laufe der Jahre schon manches Kröbchen ihrer kommunalpolitischen Glanzleistungen bieten.

Da fällt unser Blick eben auf eine Notiz des „General-Anzeigers für Bonn und Umgegend“. Eines Tages, gegen Ende des Monats, wurde im Städtchen Duisdorf eine kleine Feier zur Einführung des Bürgermeisters Otto Hauck veranstaltet. An der Honoratiorenliste saßen die Herren Landrat Graf Galen, Assessor v. Pränig, Pfarrer Rieken Duisdorf, Pfarrer Deutenne-Lengsdorf, Rektor Weidmann Jenddorf, Rektor Siegel Köttingen, Kaplan Zimmerbeck Duisdorf, Ehrenbürgermeister Land, Bürgermeister a. D. Remmer, Herr Mentzer Weich u. a. Das folgende opulente Menu uns scheint die Sache auch wichtig genug. T. Ad. wurde abfolviert:

- Cabienkwanzsuppe.
- Abeinsalm mit Butter und holländischer Sauce und neue Martoffeln.
- Roastbeef, garniert mit Erbsen und Möhren und Martoffel-Mossagen.
- Rehrücken mit Mespert und Salat.
- Deffert. — Weinecme.
- Verschiedene Mäde mit Butter und Veil.

Ston zwischen Cabienkwanzsuppe und Abeinsalm hielt der Landrat Graf Galen eine Rede, in welcher er ausübte, daß Rede und Redndel bei der Andung der Amtszeit nicht angebracht seien. Es konnten Momente in die Einführung treten, wo ein Bürgermeister ein solches und frommes Regiment aben müße. Man beobachte es heututage mandmal, wie ich in die alternativen Bevölkerung von Liten, die nahe bei einer Stadt gelegen sind, durch Jung-Freude Elemente eindringen, die dann ihren Einfluß auf die Gestaltung der Verhältnisse in ihrem Sinne geltend machen. Diesen Elementen gegenüber, die den guten Geist der Melanientat und Vaterlandsliebe zu untergraben haben, sei ein frommes Aufsetzen der Behörde mandmal am Plage, auch müßten die all eingeschlichenen Litzbewerber zwischen, den ihnen von den Freunden das Regiment nicht aus der Hand genommen werde.

Also sprach der Landrat und letzte sein Glas mit einem Hoch auf „unsern allernachstigen Kaiser und König“. Wir können die

Verren sehr gut verstehen. Wenn man dann glücklich den Mehralten überwinden und diverse „Schoppde“ intus hat, denkt man über Sozialpolitik ganz anders wie so'n Prolet etwa von der Straßenreinigung, dem der niedrige Lohn und der Lebensmittelwucher höchstens erlaubt, an einer harten Protrinde zu nagen. Ja, ja, es gibt bekanntlich zwei Sorten Motten, die hungertigen und die fatten. In Magdeburg haben die Stadtverordneten in geheimer Sitzung ihre Verbandsordnung durch folgende Bestimmung be- reichert:

„Bei der Ordnung und Ruhe stört, kann bei mehrmals wiederholten Zuwiderhandlungen für bestimmte Zeit oder für die Dauer der Wahlperiode aus der Versammlung ausgeschlossen werden, wenn zwei Drittel der Anwesenden in dieser Beschlusse überemittimmen. — Zuwiderhandlungen, die länger als drei Monate zurückliegen, bleiben außer Betracht. Der Beschluß erfolgt ohne vorgängige Verhandlung. Jedes Mitglied kann Vorschläge wegen Verhängung der Ausschlusssanktion, wegen der Dauer der letzteren und wegen Ausföhrung des Beschlusses machen; eine Begründung dieser Vorschläge darf nicht stattfinden. Die Versammlung kann auch ohne Verhandlung mit einfacher Stimmenmehrheit die Vorschläge dem Rechtsausschusse zur Berberatung überweisen. Ebenso genügt ein jeder Mehrteil für die Beschlusse über die Dauer der Ausschlusssanktion und die Ausföhrung des Beschlusses.“ — „Wie verändert wird.“ so bemerken die „Tredener Maderräden“ hierzu, „trübet sich dieser Beschluß gegen die bei den letzten Wahlen in die Versammlung entsendeten zwölf Sozialdemokraten, die durch eine Hochflut von Reden und Anträgen die Geduld des Volksgenusses auf eine harte Probe gestellt haben.“

Das ist Haßhaß! Soziale Kommunalpolitik eine Geduldprobe für Philister. In Eisenfornen scheint der „Geduldtestaden“ wohl auch schon am launigen gehalten zu haben.

Die Chemnitzer Stadtwahl beschlossen eine 1er Kasse. Der kürzlich in den Reichstag gewählte Genosse Kasse gehört auch dem Stadtparlament an und sitzt in dem sozialpolitisch letzthal und ständigen Ausschusse der Gasanstalt. Da gab es viel zu kritisieren. Jetzt beschloß das Stadtverordnetenkollegium, daß über Auswurf, Verhandlungen nichts bekannt gegeben werden darf. Ein derartiges Schweigegebot ist nicht nur allein höchst unwürdig, lächerlich und jämmerlich, sondern es kann direkt schädlich werden, indem sehr wohl Fälle denkbar sind, wo die Pflicht den Ausschussmitgliedern gebietet, öffentlich zu reden.

Tarob ergreift denn auch Freund „Schneeföcher“ die Leiter und singt stimmungswohl in der „Chemnitzer Volkstimme“:

D'r Maulforb.

E Ebstadtrahd is in heid'g'r Zeit
 Beckhnebb's nich zu beneid'n!
 Das is 'ne dumme Trägerei
 Wloß egal von den Leid'n.
 In jed'n Tred, in jed'n Quarf,
 Da fästed'n se de Kafe,
 Num wenn emal was nich glei schimmt,
 Da komm'n se in Ebstädte.

Echtats blindlings off'n Rahd zu drau'n
 Mit sein'n Amtsbeschloß'n,
 Da will e jed'r Naseweih
 De Sache gründlich wiff'n;
 Das is 'ne ewige Kärtchelei
 Doch in den Zeitungsblättern —
 W'r kemt se mit d'r Wand'rwelt
 Beckhnebb'n glei z'richtmed'n!

Num warich schon fr ie h'r manchmal schlimm,
 Wie m'r noch war'n alleine,
 So is es, seid m'r Mebbe hamn,
 Tred'st jetzt hundsgemeene!
 Die sim ja bloß zusammengeiegt
 Aus Kärtcheln um Arzidern,
 Die laß'n wechlings jed'n Quarf
 Doch in de Presse fidern.

Zum Weichbiel mit d'r Gasanstalt!
 Na — ich brauch nicht zu sag'n,
 Die Frechheed hat ja, Gott sei Dank,
 D'n Wod'n dor ch'gechlag'n.
 M'r hamn glei e Geley gemacht
 Straft un'r'er Amtsgewald'n:
 D'r Kasse kriegt d'n Weichforb um
 Num muß das Maul un halt'n!

Das ganze Chem'n'r Pärq'rdum,
 Das schand wie e Seltzake
 In sein'n Wredren seit num schtramm
 Zum Schuwe hind'en Madde.
 Wie ooch d'r Kasse kamm'n dahhb
 Mit sein'n zwee Genoss'n —
 M'r hamn abm mit Weichforb
 D'n Maulforbzwang beschloß'n.

Ku kann d'r Ebstadtrahd ruhig simn,
 Wee Lud'r darf mehr blaud'n,
 Sonst mit'n Ammb'l, eens, zwee, drei!
 Gleie off'n Eamaw'l hand'n n.
 De schene, gude, alde Zeit,
 Die kommt nu jetzt zurüde,
 Wo jed'r Mad e Weirgodd war
 Num außer d'r Arzid'e!

Zur Lage der städtischen Arbeiter in Köln.

II.

Bevor wir auf die Lohnverhältnisse der städtischen Arbeiter näher eingehen, sei zunächst der Arbeitszeit in den städtischen Betrieben gedacht. Wie allenthalben, so häßt sich auch hier die Stadtverwaltung hinsichtlich der Arbeitszeit der Privatindustrie vorantreiben. Sie folgt nicht einmal auf diesem Gebiete den privaten Betrieben. Bekanntlich ist in mehr für eine Reihe von Gewerben der neun- und neuneneinhalbstündige Arbeitstag, für manche eine noch kürzere Arbeitszeit eingeföhrt. In städtischen Betrieben, die nach dem Worte eines hohen Herrn Musterbetriebe sein sollen, kemt man derartiges nicht. Würde nur der Arbeitstunde allgemach durchgehöhrt, so wäre dies ein Fortschritt. Dadurch, daß das Hebertun und die Nachtarbeit zur hieten Übung geworden sind, ist in der Tat der Arbeitstunde für einen großen Teil der städtischen Arbeiter außer Kraft gesetzt. Tag Arbeiter danach streben, Hebertunden und Nachtdichten arbeiten zu dürfen, entschädigt die Verwaltung gar nicht. Die Arbeiter und sich in den wenigsten Fällen bewußt, daß sie sich durch die langen Schichten ihrer Gesundheit berauben. Ihre miserablen Lohnverhältnisse drängen sie aber dazu. Die Zeiten der Verwaltungen, die es zu müssen, daß Arbeiter 36 und 40 Stunden hintereinander arbeiten, die müssen wissen, daß sich der Arbeiter durch diese unmensliche Arbeitszeit kein Grab selbst gräbt. Wohl ist uns bekannt, daß im Installationsbetrieb der Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke, im Jahrsparl w'u die Arbeitszeit sich nicht so leicht abschönern lassen; wohl aber lassen sich Kerzen finden, die es ermöglichen, daß der Arbeiter in den Genuss jener Ruhe kemt, die ihm von Natur aus zusteht.

In der Gasanstalt arbeiten die an den Leben beschäftigten Arbeiter zwölf Stunden am Tage. Nicht daß sie diese ganze Zeit unausgesezt mit Gasen und Schwebeln in Hitze und Qualm tätig wären; aber tatsächlich beträgt ihre Schicht zwölf Stunden, und ihre Pausen müssen sie dem Betriebe anpassen. Mit der sonntäglichen Wechelschicht zusammen haben diese Arbeiter eine wöchentliche Arbeitszeit von achtzig Stunden, was im Vergleich mit der Sechzigstundenswoche des gewerblichen Arbeiters der Privatindustrie als unerhört hohe Leistung bezeichnet werden muß. Nun ist hierin ja eine Minderung eingetreten; am 7. Mai ist die achtstündige Schicht zur Einführung gelangt. Das Vorgehen der organisierten Gasarbeiter war demnach nicht ohne Erfolg. Freilich ist die Stadt Köln nicht die erste, die ihren Retortenbauarbeitern diese Schichtenteilung zugestimmt. In Abemland Weitalen sind folgende Städte schon vorausgegangen: Pirmen, Arfeld, Pletefeld, Eberfeld, Emselberg, Eifen und Aachen. Nun muß ja unterschieden werden zwischen dem Achtstundentage, für den zu demonstrieren wir am 1. Mai uns zusammensind, und der Achtstundenschicht. Trotz der Herabsetzung der täglichen Schicht von 12 auf 8 Stunden werden die Retortenbauarbeiter noch eine wöchentliche Arbeitszeit von 56 Stunden aufzuweisen haben, werden also um nichts oder nur wenig den gewerblichen Arbeitern voraus sein, was sich aber durch die ungesund und schwere Arbeit an den Leben doppelt und mehr ausgleicht.

In der elektrischen Zentrale am Zugweg hat man die Einrichtung getroffen, daß das Maschinenpersonal (Feizer und Maschinen) eine neunstündige Schicht verrichtet. In allen anderen Betrieben arbeiten die Arbeiter gleicher Kategorie zwölf Stunden im Tag. Die neunstündige Schicht im ersten genannten Betrieb wird freilich wesentlich dadurch eingeschränkt, daß man die Arbeiter vielfach noch zu anderen Arbeiten heranzieht. — Nicht scharf genug kam die Geflogenheit in der Stadtmontage des Elektrizitätswerks verurteilt werden. Arbeiter des Tags während der Nacht und des darauffolgenden Tages zu beschäftigen. Sechsenddreißig Stunden, ja vierzig Stunden im Dienst — uns scheint, daß dies selbst für einen städtischen Arbeiter zu viel ist. Man komme uns nicht mit der Ausrede, die Arbeiter drängen sich, diese Nachtschichten machen zu dürfen. Selbst auf die Gefahr hin, den Unwillen dieses oder jenes Arbeiters auf uns zu ziehen, der des Scheiterns Vorzweites willen sich opfert in der Meinung, durch solche Arbeitszeiten sein Einkommen zu erhöhen, müssen wir der Verwaltung des Elektrizitätswerks den Vorwurf machen, daß sie sich an der Gesundheit ihrer Arbeiter bewußt schwer veründigt. Will sie diesen Vorwurf von sich abwenden, so ändere sie dieses System; sie trete dafür ein, daß die erbärmlichen Löhne der in Rede stehenden Arbeiter eine Verbesserung erfahren, damit diese nicht gehalten sind, Tag und Nacht zu arbeiten.

Auf den Bahnhöfen der Strakenbahn besteht noch für die im Tag- und Nachtschicht arbeitenden Arbeiter die 24stündige Wechelschicht, die abwechselnd jeden zweiten Sonntag wiederkehrt. Diese

heute arbeiten 365 Schichten im Jahre, 366 Schichten im Schaltjahre. Wo bleibt da die Plage des Körpers und des Geistes, wo das Familienleben? Nun wünschen die Arbeiter diese Wechselhaftigkeit etwas abgeklappt nicht abgeklappt zu sehen. Ein durchführbarer Vorschlag ist der Erleichterung unterbreitet. Ob sie darauf eingehen wird? Auch den Arbeitern und namentlich dem Führer dürfte die zehn stündige Arbeitszeit noch etwas unbekanntes sein. Wenigstens wird dies vom deutschen Transportarbeiterverband behauptet. In der Nacht vom 20. Februar festgesetzt worden sein, daß die Fahrplanänderung durchgängig elf Stunden, ja bis zu dreizehn Stunden im Dienst gewesen seien. Einen geregelten Sonntag gibt es für den Fahrplanarbeiter übrigens auch nicht; zudem muß Nachtarbeit verrichtet werden.

Städtischer Arbeiter und lange Arbeitszeit! - Diese beiden Begriffe sind nachgerade untrennbar. Entweder sind die städtischen Arbeiter auf Grund der bestehenden Verhältnisse gehalten, übermäßig lange zu arbeiten, oder sie müssen es infolge ihrer mehr als traurigen Wohnverhältnisse. Wir haben letzteres bereits nachgewiesen, wollen jedoch noch einen Beleg erbringen. In der „Gewerkschafts-Zeitung“, dem Organ des deutschen Transportarbeiterverbandes, Nr. 29, Jahrg. 1905, wird die Lage der städtischen Straßensammler ausführlich geschildert. Sie arbeiten des Nachts. . . . So geht es mit Ausnahme einer dreiviertelstündigen Pause die ganze Nacht durch in Sand und Regen, Schnee und Kälte, bis morgens 6 oder 7 Uhr. Letzteres richtet sich danach, wie stark jede einzelne Kolonne ist; es sollen je nachdem 20-24 Mann sein, in der Regel sind es 17-21 Mann, da immer einige durch Krankheit usw. fehlen. Die Dienstenden müssen deren Arbeit mitmachen und sich entsprechend mehr oder länger abmühen, ohne dafür auch nur einen Pfennig Entschädigung zu erhalten. Auch erhalten die Sammelgrabenräumer dafür, daß sie eine Stunde früher ihre Tätigkeit beginnen, keine Entschädigung. Und dann heißt es weiter: „Mit dem die Arbeit vollendet, so können die Straßensammler nach Hause gehen und sich ausruhen, um abends dieselbe Arbeit frisch und munter von neuem zu beginnen. Doch halt! nein, so geht das nicht, da rechnet man ohne die städtische Verwaltung! Nur hier und da kann das einer tun. Die meisten, besonders wer verheiratet und Vater mehrerer Kinder ist und noch andere Angehörige zu ernähren hat, können sich nicht der so nötigen Ruhe hingeben. Sie müssen eine andere Tätigkeit beginnen, um sich und ihre oft zahlreichen Angehörigen wenigstens einigermaßen ernähren und Kleiden zu können, denn die städtische Verwaltung hat dafür gesorgt, daß die Straßensammler nicht zu viel verdienen und etwa übermäßig werden.“

Nun wohl ein schwererer Vorwurf der Stadtverwaltung gemacht werden, als es hier geschieht? Städtische Arbeiter verdienen in ihrem Arbeitsverhältnis nicht soviel, um das nackte Leben fristen zu können. Sie müssen deshalb auf Nebenverdienst ausgehen, d. h. sie müssen ihre Arbeitszeit bis ins ungemeine verlängern, sie müssen im wahren Sinne des Wortes Tag und Nacht arbeiten geben. Wäre nicht eine treffliche Illustration zu dem Kapitel der kommunalen Arbeiterfürsorge.

Nicht viel besser ergeht es den Vatermännern. Auch diese sind gezwungen, neben ihrer eigentlichen Beschäftigung noch eine Nebenbeschäftigung zu haben. Tag für Tag, Sonntag für Sonntag, ebenso an allen Feiertagen sind diese Leute auf den Beinen. Neben einer Lohnforderung, auf die wir noch zu sprechen kommen, erheben sie um Änderung der Dienstverteilung derart, daß jeder Väter einmal im Monat, und zwar während der Sommermonate Sonntags, zum Antritten nicht anzutreten braucht. Es läßt sich, als ob man dieser „Anforderung“ der Vatermänner, deren Bewilligung mit keinerlei Kosten verknüpft ist, nachgeben wolle. Verlangt ist die Sache jedoch wieder zurückgestellt worden - zu den anderen Sachen. Bis zur Erledigung wird der Sommer wieder vorüber sein. „Nur immer langsam voran.“ Die Ausnutzung der Arbeiter wird auch dadurch gekennzeichnet, daß man für erkrankte oder beurlaubte Arbeiter und Angestellte keinerlei Ersatz schafft. Wir haben das bereits bei den Straßensammlern gesehen. Auch bei den Vatermännern und deren Aufsehern ist dies festzustellen. Man denke sich: ein Arbeiter erkrankt; er bekommt die verordnete Zeit an Lohn in Abzug gebracht; seine Kollegen müssen seine Arbeit mitverdienen, bekommen jedoch keinerlei Entschädigung hierfür. Der erkrankte Kollege bekommt aber Krankengeld. Wer bezahlt dies? Wieder die Arbeiter, die durch ihre Beiträge das Geld, wenigstens zwei Drittel aufbringen. Die Verwaltung hat also geradezu ein Interesse daran, daß möglichst viele Arbeiter und möglichst lange erkrankt. Würde man wenigstens dem erkrankten Arbeiter den Lohn weiter bezahlen, dann wäre die Sache noch hinzunehmen. Auch den Vorkaufsaufsichtern ergeht es so. Nach § 18 haben die Arbeiter und Angestellten einen Urlaub von drei bis sieben Tage zu beanspruchen. Die Angestellten und Arbeiter der Stadt Köln erhalten keinen Urlaub! Wie oben dies klingt. Und in alle Fälle dringt diese Stunde. Daß dieser Urlaub wieder an der Arbeit eingeholt werden muß, davon wird man nichts vernehmen. Und so ist es auch in der Tat bei den Vorkaufsaufsichtern. Dafür verbietet ihnen der Herr Oberaufseher deutlich, daß sie sich weils Verbesserung ihrer Wohnverhältnisse, auf die wir noch zu sprechen kommen, mit ihren Mitangehörigen organisieren. Daß dies auf höhere Anweisung geschieht, glauben wir bezweifeln zu dürfen.

Ein Teil der Arbeiter der Hauptwerkstätten der Straßenbahn wird zum Fahrdienst aushilfsweise herangezogen. Dies ist besonders Sonntags der Fall, wodurch diese Arbeiter ihrer Sonntagsruhe verlustig gehen. Wegen dieser Verwendung der Arbeiter läßt sich ja nun nichts einwenden. Aber der Zwang, auch Sonntags und Feiertags arbeiten zu müssen, ist zu verurteilen. Will sich ein Arbeiter von dem Fahrdienst befreien, d. h. will er seine Arbeitszeit auf das menschenverträgliche Maß zurückführen, dann fällt ihm die Verwendung in die Arme, indem sie ihm bedeutet, daß er, wenn er nicht aushilfsweise sein will, auch kein Arbeiter der Werkstätte mehr ist.

Alles in allem: hinsichtlich der Arbeitszeit sieht es in den städtischen Betrieben im Vergleich zu den Privatbetrieben noch sehr traurig aus, obgleich nicht anzunehmen ist, daß letztere aus rein menschlichen Empfindungen heraus längere Arbeitszeiten für ihre Arbeiter zur Einführung gelangen lassen. „Menschentum“ ist in dieser Hinsicht nicht das Mindeste zu erweisen. Auch hier ergibt sich wieder, daß die städtischen Betriebe genau nach kapitalistischen Grundsätzen bewirtschaftet werden. Dazu ändert auch nichts der schwache Anlauf, den man in sozialpolitischer Hinsicht unternommen hat.

Die deutschen Arbeitersekretariate im Jahre 1905.

I.
Daß die von der organisierten Arbeiterkraft errichteten Institute für Ausmittelteilung und Rechtsbeistand von eminenter Bedeutung für weite Kreise der Bevölkerung geworden sind, wird, wenn es eines Beweises dafür überhaupt noch bedarf, am deutlichsten dadurch bewiesen, daß die Anerkennung der bestehenden Institute andauernd steigt und daß aus allen Industriekreisen und Zentren, in denen Sekretariate noch nicht bestehen, immer dringender der Ruf nach Errichtung solcher Institute erklingt. Aber auch die Tatsachen, daß die deutschen Gewerkschaften der Errichtung von Arbeitersekretariaten und Rechtsanwaltsstellen ihre Aufmerksamkeit in jenseitigem Maße zuwenden, sowie daß auch bürgerliche und kommunale Kreise der Errichtung solcher Institute das Wort reden, sind Beweise dafür, daß auf diesem Gebiete die deutschen Gewerkschaften bahnbrechend voranschreiten und einem immer dringender hervortretenden Bedürfnis nach Möglichkeit abzuhelfen suchen.

Die Existenz für die Notwendigkeit der Arbeitersekretariate und deren erfolgreiches Wirken in den Kreisen der organisierten Arbeiterkraft zu erweisen, war eine Aufgabe, die sich die Generalkommission angelegen sein ließ und seit 1901 mit gutem Erfolge mittels der jährlichen Erhebungen und der Veröffentlichung ihrer Ergebnisse durchführte.

An der guten We Verjahre bedeutend erweiterten Statistik für 1905 sind 67 Sekretariate und 111 Anwaltsstellen beteiligt. So daß die Verichte von 178 sich mit Rechtsbeistand und Ausmittelteilung betreuenden Instituten der Verarbeitung wartende lösen. Von den Ende 1905 bestehenden Sekretariaten ist nur das Würzburger an der Statistik nicht beteiligt.

Nach den Verichten der Gewerkschaftsstatistik werden von denselben 56 Arbeitersekretariate unterhalten resp. mit Geldmitteln unterhalten. Drei Sekretariate unterhalten, wie sich aus den Verichten ergibt, der Bergarbeiterverband und drei werden von der Generalkommission unterhalten, während die übrigen fünf teilweise von den Gewerkschaften ohne Mittelnahme der Statistik und teilweise von Parteiorganisationen und Mediationen unterhalten werden. Von den 67 Sekretariaten üben 25 ihre Tätigkeit auf einem größeren Gebiet, sogar einige auf ganze Landesgebiete aus. So erstreckt sich das Tätigkeitsgebiet des Monoder Sekretariats auf beide Reichsteile. Daraus ergibt sich, daß nicht nur die Arbeiter in den 178 mit Sekretariaten und Rechtsanwaltsstellen besetzten Orten die Vorteile der Tätigkeit dieser Institute genießen, sondern daß die Bevölkerung einer weit größeren Zahl von Orten des Reichs reichenden Umfang dieser hat ausschließlich aus den durch die organisierte Arbeiterkraft aufgebrachtten Mitteln unterhaltenen Institute teilhaftig wird.

Neben die Einrichtungen und Massenverhältnisse der Sekretariate im Jahre 1905 enthält die Statistik folgende Angaben. Danach werden 28 Sekretariate direkt von den Gewerkschaftsstatistiken verwaltet, während für 36 Sekretariate eine besondere Verwaltungskommission eingesetzt ist, und 3 Sekretariate vom Vorstand des Bergarbeiterverbandes verwaltet werden. 20 Sekretariate erziehen Anwalts mit ein Organisierte und Organisationsmitteln einschließlich der Angehörigen organisierter Arbeiter, dagegen sind von 17 Sekretariaten unorganisiertes an jedermann zugänglich. Darüber, ob es zweckmäßig ist, an unorganisierte Anwaltsstellen zu stellen, und die Verwaltung zu teilen. Es ist nicht zu verkennen, daß den Arbeitersekretariaten ein bedeutender agitativer Wert anhaftet und alle die Sekretariate, welche nicht ausschließlich zum Zwecke der Ausmittelteilung, Rechtsbeistand und Vermittlung ihrer Anliegen errichtet sind, werden kaum darauf verzichten können, auch den unorganisierten ihre Güte anzudeuten zu lassen. Es haben allerdings verschiedene Sekretariate mit der Ausmittelteilung an unorganisierte auch unrichtige Erfahrungen gemacht und damit durchaus nicht die erwünschte Erlöse erzielt. Es gibt leider viele Ineffizienzen, die sich nicht scheuen, die Quise

des Sekretariats zwar in Anspruch zu nehmen, ohne sich ein Gewissen daraus zu machen, daß die Kosten zur Unterhaltung des Instituts durch Organisationen aufgebracht werden, denen sie grundsätzlich nicht angehören wollen. Mit solchen Elementen wird man stets zu rechnen haben und einige Sekretariate suchten sich vor der Überlastung durch diese dadurch zu schützen, daß sie von Unorganisierten für die Auskunftsleistung Gebühren erheben, während an Organisierte und deren Angehörige, sowie Organisationsunfähige Auskunft umentgeltlich erteilt wird. Dieser Weg ist aber nicht allerorts gangbar, vielmehr wird man bei dieser Frage stets die örtlichen Verhältnisse zu berücksichtigen haben.

Zu den Aufgaben, welche sich die Arbeitersekretariate gestellt haben, gehört außer der Auskunftsleistung in erster Linie die Vermittlung von Beschwerden an die Gewerbebehörde. Nur zwei Sekretariate, das vom Bergarbeiterverband unterhaltene Sekretariat in Aachen und das vom Verlag des „Sonnen Volksblatt“ unterhaltene Sekretariat in Jena haben die Beschwerdebearbeitung nicht in den Bereich ihrer Tätigkeit gezogen. Die Vertretung ihrer Klienten vor den richterlichen Instanzen wird von 19 Sekretariaten ausgeübt. Da, wo die ganze Sekretariatsarbeit einem einzigen Beamten übertragen ist, der auch noch agitatorisch tätig sein muß, ist es häufig unmöglich, persönliche Vertretungen übernehmen zu können. Deshalb aber ist auch den Sekretariaten die Ausübung dieser Tätigkeit unmöglich gemacht dadurch, daß sie ganz unzureichender Weise als Vertreter von den zuständigen Gerichten nicht anerkannt resp. nicht zugelassen werden. In hiesigen Arbeiten betrafen sich 38 und mit Abhaltung von Versammlungen und sonstigen agitatorischen Arbeiten 35 Sekretariate. Die Gesamteinnahmen der Sekretariate, welche eine besondere Masse führen, belaufen sich für das Jahr 1905 auf 162.061 M. Davon entfallen auf laufende Beiträge der beteiligten Organisationen 138.187 M., Aufnahme der Gewerkschaften oder der Parteien 2080 M., Aufnahme von Parteigewinnungen, Medaillen und Geschenkschäften 6707 M., sonstige Einnahmen, Gebühren usw. 13.190 M. Vom Staatesubventioniert wird nur das Sekretariat in Göttingen mit jährlich 2000 M. Aus Gemeindemitteln unterstützt wird das Sekretariat von Wilhelmshaven, und zwar zahlen die Gemeinden Bant 122.000 Einwohner jährlich 500 M., Hoppens (16.000 Einwohner) 400 M., Neuhörsen (8000 Einwohner) 200 M.

Von 29 Sekretariaten werden Beiträge überhaupt nicht erhoben und von weiteren 6 Sekretariaten wird berichtet, daß die Einnahmen aus den Beiträgen in der Masse des Gewerkschaftsstartells fließen, aus der die Unterhaltungskosten des Sekretariats gedeckt werden. Diese insgesamt 35 Sekretariate konnten Angaben über Einnahmen nicht machen.

Ueber die Ausgaben liegen von 62 Sekretariaten Angaben vor, über die die Tabelle I die näheren Ausweise enthält. Diese 62 Sekre-

tariate erforderten im Jahre 1905 eine Gesamtausgabe von 2.377.772 M., davon sind vorausgesetzt für Gehälter und persönliche Entschädigungen 118.312 M., Bureau- und Mietkosten 16.838 M., Bezahlung, Heizung und Heizung 12.758 M., Bücher und Druckkosten 21.703 M., sonstige Ausgaben 31.105 M. Angaben über die Unterhaltungskosten des Sekretariats wurden nicht gemacht von Aachen, Breslau, Charlottenburg, Koblenz, Jena und Stuttgart.

Die laufenden Beiträge, welche pro Mitglied der an die Sekretariate angeschlossenen Gewerkschaften erhoben werden, schwanken zwischen 10 Pf. und 1,20 M. pro Mitglied und Jahr. In den Orten, wo besondere Beiträge für das Sekretariat nicht erhoben werden, sind die Beiträge, welche die Gewerkschaften in die Markt-Kasse zu zahlen haben, entsprechend erhöht und werden hier alle dem Markt angeschlossenen Gewerkschaften zur Unterhaltung des Sekretariats herangezogen, während da, wo die Masse des Sekretariats von der des Marktes getrennt geführt wird, nur die Gewerkschaften zur Beitragsleistung für die Sekretariatskasse herangezogen werden, welche ihren Anfluß an das Sekretariat erkaufen haben. Wiederholt ist es in solchen Orten zu beträchtlichen Auseinandersetzungen zwischen den Gewerkschaften gekommen, weil eine oder mehrere größere Gewerkschaften, die in der Lage sind, besondere Beamte in dem Orte unterhalten zu können, auf die Unterhaltung an dem Sekretariat glauben verzichten zu müssen. Dadurch, daß gerade größere Gewerkschaften sich absetzen wollen und den kleineren und schwächeren die Unterhaltung des Sekretariats übertragen, werden letztere um so mehr belastet, um ihr jäh Beitrag von 10 Pf. pro Monat für die Unterhaltung eines Sekretariats nicht abzuheben. Wenn sie jedoch ausschließlich von den kleineren Gewerkschaften aufgebracht werden sollen, während die Leistungsfähigeren leer ausgehen, so trägt ein solches Verhältnis nicht gerade dazu bei, das für die Aktionsfähigkeit der Gewerkschaften erforderliche gute Einvernehmen zwischen den Gewerkschaften eines Ortes zu fördern.

Die Frequenz der Sekretariate ergibt sich aus folgenden Zahlen: Insgesamt wurden die Sekretariate von 283.767 Auskunfts-suchenden im Laufe des Jahres 1905 in Anspruch genommen. Von den Auskunfts-suchenden waren 262.111 männliche Personen und 21.656 weibliche Personen. 11.585 Auskunfts-suchende waren selbständige Gewerbetreibende und sonstige Personen und weitere 872 Auskunfts-suchende waren Arbeiter, Beamte oder Kooperationen.

57.507 Auskunfts-suchende, einschließlich der Behörden und Vereine, haben im letzten Jahre die Sekretariate mehr in Anspruch genommen als im Jahre 1901, und 116.101 mehr als im Jahre 1901.

In der nachfolgenden Tabelle ist die Steigerung der Frequenz der Sekretariate vom Jahre 1901 bis 1905 dargestellt.

Jahr	Zahl der an der Statistik beteiligten Sekretariate	Gesamtzahl der Auskunfts-suchenden	Von den Auskunfts-suchenden		Prozent der gewerkschaftlich Organisierten zur Gesamtzahl der Auskunfts-suchenden	Von den Auskunfts-suchenden wohnen nicht am Orte des Sekretariats	Zahl der Orte, auf die sich diese Auskunfts-suchenden verteilen
			waren Arbeitnehmer	waren gewerkschaftlich organisiert			
1901	29	167.363	90.715	74.655	44,6	34.324	2546
1902	32	195.679	121.169	97.501	49,9	45.531	4221
1903	36	200.575	123.624	106.747	53,2	45.156	5365
1904	48	226.290	157.168	130.204	54,0	59.231	5992
1905	67	283.767	262.111	160.284	59,0	73.555	6522

Bremer Brief.

Man soll doch keine unerfüllbare Hoffnungen wecken bei den Arbeitern.

Am Mittwoch bei der Bürgerrechtsfeier, es war die letzte vor den Ferien, fand unter anderem auch ein Antrag auf Gewährung von Sommerurlaub an die ständigen Staatsarbeiter mit auf der Tagesordnung. Trotzdem nun den meisten Vorkämpfern die Freude über die bevorstehenden Ferien anzusehen war, konnten sich die liberalen Herren nicht dazu entschließen, für den Antrag einzutreten, sondern lehnten ihn rundweg ab. Dabei der Satz gebrannt wurde, den wir als Motto oben angesetzt haben. Die liberalen, arbeitnehmerfeindlichen Herren waren wohl bei der Ablehnung ihres Antrages sehr überzeugt, daß die Staatsarbeiter keine Entsetzungs- und Durchmaden brauchen. Der Antrag war ja den Herren allen sehr sympathisch und auch alle Staatsarbeiter, die bei den Verhandlungen zugegen waren, bezeugten einstimmig, daß besonders Herr Kantan so gerührt war über den Antrag, daß die weißen Worte über den runderlösten Zeit zu zerbröckeln drohte. Erst als der Antrag abgelehnt war, legte sich die Mißbilligung dieses Herrn. Auch die Gewerkschaften der Herren Schütte und Adelis glätteten sich zuweilen wieder, während sie vorher, aus lauter Sympathie für den Antrag, ganz bedenkliche Falten zeigten. Es hat ja keinen Zweck, daß da lange debattiert wird; die Herren wissen schon wie sie stimmen sollen, sagte Herr Adelis.

Unser Genosse Henke traf wohl das Richtige, als er den liberalen Zeelen sagte: Der Staat ist nur der Diener des Kapitals. Das Unternehmertum wünschte nicht, daß ein Sommerurlaub an Staatsarbeiter gewährt wird, und plüschtauligst lebte Senat und Bürgerschaft den Antrag ab. So bedauerlich dieser ablehnende Bescheid ist, so hat es doch das eine Gute, daß wir ein wichtiges Agitationsmittel in der Hand behalten haben, und wir werden es auszunutzen verstehen. Den Herrn Beamten in den einzelnen Betrieben wird Urlaub gewährt. Hiermit wird den Arbeitern recht deutlich vor Augen geführt, daß der Betrieb ohne Beamten ruhig seinen Fortgang nimmt, daß also einige Beamten immer zu entbehren, also überflüssig sind. Wenn aber die Arbeiter beurlaubt werden, dann geht der Betrieb, und mit ihm auch der Profit zum Teufel. In Geld bewilligen ist die Bürgerschaft ja sonst nicht so. Das hat sie in letzter Zeit bewiesen, als die 30.000 M. zum Verwaltungsfonds verlangt wurden, da war es im Handumdrehen geschehen, und das noch für Leute, die selbst einen großen Geldbeutel haben. Hoffentlich sind die Herren, wenn später mal der Verbandstag der Staatsarbeiter in Bremen tagt, ebenfalls für eine Erhöhung der Gemeinde- und Staatsarbeiter zu haben. Denn gleiches Recht für alle. Also mit dem Sommerurlaub für Staatsarbeiter ist es diesmal nichts. Aber das Wort der Herren, die da sagten, wir werden uns doch wohl noch mal damit beschäftigen müssen, soll Wahrheit werden, dafür werden wir sorgen.

Noch eine andere Arbeiterfrage ruht nun schon seit Jahren in der Bürgerschaft, vergraben in einer Kommission. Es ist nun schon

Über drei Jahre her, da wurde in der Bürgerchaft eine Kommission gewählt, die über die Alters- und Hinterbliebenenversorgung für Staatsarbeiter berichten soll. Bis jetzt hat man noch nichts darüber gehört. Die Kommission scheint auch auf diesem Gebiet schlecht erfahren zu sein. Warum befragt man die Arbeiter nicht darum? Dann wäre diese Sache gewiß schon längst erledigt. Der Geist der Arbeiterfreundlichkeit, der im Senat und Bürgerchaft herrscht, der herrscht auch in den einzelnen Staatsbetrieben. Hier tragen natürlich die Arbeiter selbst ein groß Teil Schuld daran. Es gibt leider noch Arbeiter, die da glauben durch Stricken, Schmarrenen und Demunzieren, sich die Gunst der Herren Vergesetzten zu erwerben. Wie überall, ist auch auf dem Gebiet diese Sorte Menschen zu finden. Vor einigen Wochen wurden unsere Vertrauensleute von einigen Subjekten demunziert. Unsere Vertrauensleute nahmen sich mal einige von diesen Nacharbeitern vor, um sie zu organisieren. Es war nun diesen Leuten recht unangenehm, als sie so an ihre Pflicht erinnert wurden. Sofort gingen diese Ecken hin und demunzierten unsere Vertrauensleute beim Fabrikmeister. Sie füllten sich stark belästigt. Der Fabrikmeister hatte wohl schon lange auf so etwas gewartet. Er konnte jetzt so recht wieder dem Direktor von den gemeingefährlichen Treiben des Verbandes berichten. Der Erfolg war: Unsere Vertrauensleute mußten vor dem Direktor erscheinen, da wurden sie ganz gehörig gemittelt. Der Direktor sagte zu dem einen, Sie sind ja ein ganz gefährlicher Mensch und agitiert besonders stark. Den Vertrauensleuten wurde nun bei Strafe sofortiger Entlassung jegliche Agitation innerhalb des Betriebes untersagt. Auch das Kontrollieren der Verbandsbücher im Betriebe wurde verboten. Pflicht aller Verbandsmitglieder ist es jetzt, daß die Agitation nicht auf einzelne Kollegen abgewälzt wird, sondern das ein jedes Mitglied auch ein Agitator ist. Und den Demunzianten muß das Verantwortliche ihres Tuns recht fühlbar gemacht werden, indem man sie der allgemeinen Verachtung preisgibt. Ebenso sollte das Stricken und Schmeicheln einzelner Beamten vor dem Direktor aufhören, darin leisten einige Beamten viel. Des Abends, wenn alles aus dem Betriebe verschwunden ist, dann sieht man noch den einen oder den anderen hinter dem Direktor herlaufen. Sollte da nicht auch das Streben nach einem höheren Posten eine große Rolle spielen? Nun, das soll uns wenig kümmern. Wenn die Herren aber glauben, daß sie dabei auch den Verband einzuwickeln wollen, dann sollen sie sich etwas mehr in Acht nehmen.

Ein recht interessanter Fall hat sich vor einigen Wochen zgetragen. Waren da einige Rohrleger am Bau des Unternehmers Fischmann beschäftigt, einen Wassereinsatz in den Bau zu legen. Als diese Arbeit vollendet war, kam der Polier und legte den Leuten eine Rolle Weisrohr hin und befahl dieses Weisrohr anzulöten. Die Leute weigerten sich, dieses zu tun, da das Privatarbeit war, und ihnen jede Privatarbeit untersagt war. Außerdem sagten sie, die Kompenen streifen jetzt, da können wir das unter keinen Umständen tun. Darüber beschwerte sich der Unternehmer Fischmann bei dem Inspektorgehilfen Herrn Engels. Das ist weiter kein Wunder, da sich die beiden Herren sehr gut kennen. Herr Engels ließ die Leute nun zu sich kommen. Es widelte sich nun zwischen dem Verstemmer und Herrn Engels folgendes Gespräch ab:

Herr Engels: Sie sind entlassen.

Der Arbeiter: Ach Herr Engels, Sie werden sich doch wohl noch anders bestimmen.

Engels: Dann kommen Sie morgen hierher und arbeiten hier in der Werkstelle.

Der Arbeiter: Ich nehme keine Strafarbeit an, denn ich habe nichts verbrochen.

Herr Engels: Na, dann gehen Sie jetzt hin nach Fischmann und leisten Abbitte, und bitten ihn, daß er weiter nichts davon machen möchte, dann kommen Sie wieder her und erzählen mir, was Fischmann gesagt hat. Ein andermal merken Sie sich das: Wir sind der Staat und müssen in solchen Fällen eingreifen.

Also so sehen die Sachen! Wenn gestreift wird, dann sind wir der Staat, der für Unternehmer Privatarbeit zu verrichten hat. Warum steht das nicht mit in der Arbeitsordnung, das Streifarbeitsverrichtet werden muß?

Aber auch andere Betriebe sind sehr unzufrieden, vor allen die Straßenreinigung. Wo ja bekanntlich der Stroh des Herrn Inspektors für die nötige Ordnung und Ruhe sorgt. Da ist wohl vor ungefähr 14 Wochen ein Arbeiter durch Unfall verletzt. Der Mann ist noch nicht wieder hergestellt und noch arbeitsunfähig. Da läßt ihm nun die Verwaltung der Straßenreinigung die Mündigung in das Haus. Nun mag der, vielleicht als Halbvalide noch ziemlich junge Mann leben, wie er durds Leben kommt. Galt liberal behandelt. Jeder Staatsarbeiter hat nun die Pflicht, daß, wenn diese Zustände beliebt werden sollen, er sich sagt: Gmein in den Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter.

Zur Frage der Grenztretigkeiten

Belegt die Zeitung des Zentralverbandes deutscher Friseurarbeiter einen interessanten Beitrag in ihrer Nr. 26. Bekanntlich bestehen zwischen dem Verbande der Friseurarbeiter und dem der Transportarbeiter starke Differenzen wegen der Organisationszugehörig-

keit der Verfahrer, Friseurkutscher, Stallente u. dergl. Auf dem kürzlich stattgefundenen stöhrer Verbandstage der Friseur wurde auch die Grenzfrage behandelt und da hat der Vertreter der Generalkommission, Genosse Mube, einige Ausführungen gemacht, die als Beantwortung von der „Friseur-Zeitung“ ausführlich wiedergegeben werden. Da die Sache auch unsere Mitglieder interessieren wird, geben wir die Sache hier wieder:

Genosse Mube erklärte:

Der Transportarbeiterverband sagt, die Verfahrer gehören zu uns; unser Verband ist der Verband für das Transportgewerbe, die Verfahrer transportieren hier, infolgedessen sind sie Transportarbeiter. Verunmündigt man die Struktur der Arbeiterbewegung, so muß man wissen, daß das nicht so ohne weiteres von der Hand zu weichen ist. Sie (der Friseurarbeiterverband) behaupten nun, die Verfahrer gehören zu Ihnen. Die Generalkommission stellt auf dem Standpunkt, daß beiden Seiten gleichberechtigte Gründe zur Seite stehen. Würde man z. B. die Entwicklung der deutschen Gewerkschaftsbewegung als Maßstab nehmen, so würde die Waage sich auf Seiten der Transportarbeiter neigen, würde man aber nach Zweckmäßigkeitsgründen entscheiden, so würde man wohl die Friseurarbeiter recht bekommen. Die Generalkommission kann nicht so ohne weiteres dem einen oder anderen recht geben; selbst wenn sie das Recht dazu hätte, könnte sie diese Entscheidung nicht treffen, weil nach ihrer Anschauung beiden Seiten berechnete Gründe zur Seite stehen. Die Generalkommission hat es nicht abgelehnt, den Streit zwischen beiden Verbänden zu schlichten, schon deshalb nicht, weil ein Frieden nur zum Nutzen der Gewerkschaftsbewegung sein kann.

Wenn wir (die Generalkommission) auch versuchen, den Streit zu schlichten, so können wir doch nicht aus uns selbst herausgehen, dies oder das geschicht; auf diesen Standpunkt haben sich auch die Gewerkschaften in ihrer Schamtheit gestellt, und so kam es auch, daß sich auch der Gewerkschaftslenker damit nicht befäßte, deshalb wurde die Sache der Konferenz der Zentralverbände zur weiteren Erledigung überwiesen. Auf dieser Konferenz hat man im wesentlichen den Standpunkt der Generalkommission akzeptiert.

Die Generalkommission steht auf dem Standpunkt, daß man zur Regelung von Grenzfragen nicht von oben herab dekretieren soll, sondern man soll diese Frage der Entwicklung überlassen, der jede Kategorie von Arbeitern wird sich ihren Weg zur Organisation schon von selbst bahnen; würde man hier eingreifen und die Leute in eine bestimmte Organisation hineinzwingen und es sich später herausstellen, daß es ihnen dort nicht gefällt, oder daß ihr Verfall in der betreffenden Organisation nicht genügend vertreten werden kann, so würde das ein Schaden für sie und die gesamte Gewerkschaftsbewegung sein.

In der diesbezüglichen, von der Konferenz der Zentralverbände angenommenen Resolution heißt es:

„Die gewerkschaftliche Entwicklung vollzieht sich unverkennbar in der Richtung des Zusammenflusses der Organisationen zu großen, leistungsfähigen Verbänden. Neuzugänge in diese sich selbst vollziehende Entwicklung würden diese nicht fördern, sondern nur erschweren und jähren und erweist sich deshalb eine endgültige Grenzauflösung durch Konferenz, oder Monarchbeschluss als unzulässig.“

Die Konferenz der Zentralverbände hat sich also auf dem Standpunkt der Generalkommission gestellt und hat es abgelehnt, von oben herab in die Grenzstreitigkeiten einzugreifen. Die Konferenz ist sich weiter dahin schuldig geworden, um alle diese Streitigkeiten möglichst schnell aus der Welt zu schaffen, allgemeine Grundsätze aufzustellen, die als Richtschnur dienen sollen, um alle diese unliebsamen Dinge möglichst zu beseitigen.

(Genosse Mube verlas darauf die Absätze 3, 4 und 5 der Resolution und erklärte darauf):

Das soll also als Richtschnur gelten, und ich glaube, daß überall dort, wo diese Resolution berücksichtigt wird, man ganz gut damit auskommen kann. Die Auffassung des Transportarbeiterverbandes, daß nach Annahme dieser Resolution die Frage erledigt sei, wozu die Verfahrer gehören, trifft nicht zu, diese Entscheidung der Resolution ist eine zu sehr geistreiche, geistreiche; mit dieser Resolution wird der Konferenzbeschluss der Vorhände der Verbände der Friseurarbeiter und Transportarbeiter vom 25. Januar 1904 nicht außer Kraft gesetzt, welcher besagt, daß eine Einigung darüber, zu welchem der beiden Verbände die Verfahrer gehören, zurecht nicht erzielt werden kann und beide Verbände in hiesiger Weise die Zustatten unter den unorganisierten Verfahrern betreiben werden.“

Wir stellen dieses gegenüber den gesamtlichen Behauptungen des Transportarbeiterverbandes seit und wollen zum Schluss nur noch die Resolution, die zu dieser Frage angenommen wurde und die in der Arbeiterpresse nicht weitgereichte Aufnahme fand, richtig wiedergeben. Die Resolution lautet:

„Der 15. Verbandstag des Zentralverbandes deutscher Friseurarbeiter protestiert gegen die Auslegung der Beschlüsse der Konferenz der Zentralverbände vom 19. bis 23. Februar 1904 seitens des Verbandes der Handels-, Transport- und Vertriebsarbeiter, daß durch dieselben die Verfahrer und Stallente dieser Organisation zugewiesen sein sollten.“

Der 15. Verbandstag des Brauereiarbeiterverbandes be-
trachtet nach wie vor den Brauereiarbeiterverband als die Or-
ganisation aller im Brauergewerbe tätigen Personen, als welche der
Verband ausgebaut und von der Generalkommission anerkannt
ist. Zum nächsten erwartet der Verbandstag, daß der Handels-,
Transport- und Verkehrsarbeiterverband dem Konferenzbeschlusse
vom 25. Januar 1901 Rechnung trägt.

Der Verbandstag fordert die Kollegen allerorts auf, die
Bierfabrikanten und Stillen auf die Schädlichkeit der Verpflanzungs-
bestrebungen für die Gesamtheit der Brauereiarbeiter hinzu-
weisen und mit aller Energie in lokaler Weise die Agitation unter
diesen Kategorien von Arbeitern zu betreiben.

Aus unserer Bewegung.

Berlin IV. (Engl. Gasanstalten.) Am 9. Juli fand bei
Gliebing, Wasserthorstr., die Sektionsversammlung statt. Zum 1. Punkt
der reichen Tagesordnung referierten die Kollegen Polenske und
Frenzlow, ersterer über den Verbandstag, letzterer über die Gas-
arbeiterkonferenz. In der sehr lebhaften Diskussion kam allgemeine
Verdringung über die Beschlüsse des Verbandstages zum Ausdruck.
Ueber die Frage des Stammpfandes, der bekanntlich von der Gasarbeiter-
konferenz abgelehnt wurde, waren die Meinungen geteilt, während
die Kollegen Schäler, Szalwidi, Frenzlow, Polenske für die Bei-
behaltung sprachen, wandten sich Menzel, Lehmann, Gall, Augat u. a.
dagegen. Ein Beschluß wurde nicht gefaßt. Die Frage soll noch
eingehend diskutiert werden. Den Bericht der Zeitung für das ver-
flossene Quartal gab Polenske. Daraus ist zu entnehmen, daß im
II. Quartal 3 Sitzungen der Zeitungen, 2 der Vertrauensmänner und
Ausschüsse, 1 öffentliche, 1 Sektions- und 42 Betriebsversammlungen
stattfanden. Trotzdem war die Bewegung eine ziemlich flaute. Das
Restantenumwehen hat zugenommen. Doch zeigt sich im letzten Monat
wieder eine Besserung. Bedauerlich ist der Mangel an Schenkeberg.
Doch steht zu erwarten, daß durch den vorgenommenen Ausbau des
Vertrauensmännerwesens, diese Schäden beseitigt werden.

Den Massenbericht gab Kollege Sarenka. Auf Antrag der Revi-
soren wurde dem Kassierer Debarge erteilt. Ein Antrag Frenzlow,
dem Vorstandunterstützungsfonds der Filiale Berlin 50 Proz. der
Ueberträge aus den Vergütungen zuzuwenden, wurde mit knapper
Majorität abgelehnt. An Stelle des ausgeschiedenen Kollegen Moezel,
wurde Schiller-Mariendorf als Schriftführer in die Sektionsleitung
gewählt. Als Revisoren für die Sektionsliste Lehmann und Augat.
Auf Grund des § 3 Abs. a u. b des Statuts beschloß die Versamm-
lung einstimmig, nach kurzen Ausführungen des Kollegen Polenske,
den Ausschluß folgender Kollegen zu beantragen: Franz Szalwidi,
Madsch, M. Mantowski, Franz Behnke, Gulewski, Schorrt, Murrell,
Urban, Schmidt, M. Lehmann, Otto Freier, Sonntag, Nicolaewitz,
Dr. Det. O. Judisamann, Karl Müller, Ernst Köhner, Karl Gille,
Hob. Lubberg, Th. Lehmann, Gustav Drese, Ernst Schmidt, Georg
Meißel. Die Betroffenen haben während des Meißelstreiks in der
Gasometerfabrik als Streikbrecher fungiert. Für die Arbeiteraus-
schüsse wurden folgende allgemeine Anträge aufgestellt: 1. Sicherung
des Koalitionsrechtes, 2. Einführung des Achtstundentages für alle
Gasarbeiter. Der Antrag der Vertrauensleute, den Auktionsentzug
für Betriebsarbeiter und den Keimstundentag für die übrigen Kate-
gorien zu fordern, fiel hiermit. Nach Erledigung geschäftlicher
Mitteilungen beschloß die Versammlung mit einem Hoch auf die
moderne Arbeiterbewegung.

Breslau. Eine allgemeine öffentliche Versammlung aller
städtischen Arbeiter, die sich guten Freundes zu erfreuen hatte, tagte
am Montag in der „Scala“. In erfreulicher Weise hatten sich auch
die Frauen der Mitglieder daran beteiligt. Von den eingeladenen Stadt-
verordneten war nur der einzige Sozialdemokrat, Genosse Schü-
v. erschienen. Verbandssekretär Mehrlein gab in einem längeren
Referat einen Überblick auf die Tätigkeit des Verbandes im verflo-
senen Jahr, der für die Mitglieder ein Jahr des Kampfes war. Nicht
die Taktik, die eingeschlagen wurde, um bessere Lohn- und Arbeits-
bedingungen für alle städtischen Arbeiter zu erreichen, war es, die
den Magistrat veranlaßte, gegen den Verband vorzugehen, man wollte
ihn überhaupt treffen, weil er unbequem wurde. Mehrlein in er-
innert an die Vorgänge, die sich voriges Jahr abgespielt haben, die den
Beweis lieferten, daß das den Arbeitern vom Gesetz gewährte
Koalitionsrecht in den Breslauer städtischen Betrieben noch keine Stütze
gefunden hat, obwohl die Magistratsverfügung vom 18. April 1902
den städtischen Arbeitern dasselbe verbürgt. Daß nur durch unau-
geleiteten Kampf, nicht durch Milde und Aufbe beim Magistrat etwas
zu erreichen sei, beweise der Umstand, daß in diesem Jahre seitens
des Verbandes nichts vorgenommen worden sei. Der Magistrat sei
wahrscheinlich der Meinung, schon genug für die Arbeiter getan zu
haben, deshalb sind auch Lohnverbesserungen in diesem Jahre nicht
eingetreten, ja eher noch Verschlechterungen. Die Arbeiter Ausschüsse
sind zwar errichtet, bisher aber noch nicht in Funktion getreten, ob-
wohl nunmehr Verhältnisse in den Betrieben zu einer Abänderung
drängen. Noch immer sei die 24 stündige Arbeitsdichte in den Gas-

und Wasserwerken nicht aufgehoben und so mancher andere Mißstand
zu rügen; Mehrlein schilderte sodann das Verhalten verschiedener
Vorgesetzter den Arbeitern gegenüber, das erkennen lasse, daß ihnen
die Verbandsangehörigkeit ihrer Arbeiter ein Dorn im Auge sei, was
die Beamten persönlich über den Verband denken, soll ihnen unbe-
nommen bleiben, das sei ihre Sache, aber der Verband müsse sich
enkraftig dagegen wehren, wenn die Arbeiter durch unangebrachte
Mittel beeinflusst werden, ihrer Organisation den Rücken zu kehren.
Wie oft sei dagegen schon gesprochen worden, und doch hören die
Magen der Arbeiter nicht auf, der Magistrat frage die Verantwortung,
von ihm könne gefordert werden, daß die Betriebsbeamten sich strikt
an die erlassene Verfügung halten und ihr nachkommen. Die Zahl
der dem Verbandsangehörigen Mitglieder sei stark gewachsen, schon
an 60 Prozent aller städtischen Arbeiter betrage sie, aber sie muß
noch stärker werden, vollständig müssen die städtischen Arbeiter ihm
angehören und dann werde unabweisbar das erreicht werden, was
ihnen noch fehlt. Viel sei durch die Organisation schon erzielt
worden, aber noch seien die Wünsche nicht erfüllt, die gerechterweise
die Arbeiter an eine Kommune stellen können. Darum sei es Pflicht
eines jeden einzelnen Arbeiters, für die Erstarkung des Verbandes
zu wirken. Nach einer regen Debatte, an der sich 11 Kollegen aus
allen Betrieben beteiligten und in der verschiedene Hebelstände zu
Tage traten, wurde einstimmig folgende Resolution angenommen:

Die heute, den 9. Juli, im großen Saale der „Scala“ tagende
sehr gut besuchte Versammlung der städtischen Arbeiter und Hand-
werker aller Kategorien erklärt sich mit den Ausführungen des
Referenten — Verbandssekretär Mehrlein — in allen Punkten
völlig einverstanden.

Die Versammelten erließen den Breslauer Magistrat, den ihm
unterstellten Beamten aller städtischen Betriebe die Magistrats-
Verfügung vom 18. April 1902 — das Koalitionsrecht der städti-
schen Arbeiter betreffend — zur nochmaligen Kenntnis und gründ-
lichen Beachtung zu unterbreiten und ferner diese genannte Verfügung
durch Anschlag in allen Arbeiterstuben der städtischen Betriebsver-
waltungen bekannt zu geben, damit e n d l i c h einmal das Koalitions-
recht der städtischen Arbeiter Beachtung findet. Dazu gehört auch,
daß die Hebergriffe der Beamten, die sich gegen das Koalitionsrecht
der Arbeiter richten, entsprechende Sühne finden.

Weiter erhofft die Versammlung, daß die neue geschaffenen
Arbeiterverschüsse baldmöglichst überall zusammenzutreten und
daran gehen, die überaus schlechten Löhne der städtischen Arbeiter
Breslaus zu verbessern, besonders bei denjenigen Verwaltungen,
wo noch Löhne von 2,10 Mark pro Tag gezahlt werden.

Bis zu dieser Zeit aber erwidern die Versammelten den Ma-
gistrat, in allen Verwaltungen Feuerungs- und Anlagen zu
gewähren, damit wenigstens etwas die Verhältnisse der städtischen
Arbeiter gelindert werden. Da die städtischen Körperkassen vor
wenigen Wochen 50 000 M. für Ausbesserung der Straßen an-
lässlich des im Herbst zu erwartenden Kaiserbesuches mit
großer Mehrheit bewilligt haben, dürfte wohl auch für produktive
Ausgaben Geld in Fülle und Fülle vorhanden sein!

Schließlich erklärten die Versammelten, daß sie nach wie vor
zum deutschen Gemeindegewerksverband — als der
besten und zweckmäßigsten Vertretung ihrer Interessen — halten
wollen und alle Verpflanzungsversuche aus e i g e n e m Lager, wie
zum Beispiel die Vertheilungen des katholischen Arbeitervereines,
oder aus g e g n e r i s c h e m Lager — Subventionierung pfaffischer
Volksbureaus — entschieden verurteilen.

Bemerkenswert ist noch der Umstand, daß auch die katholischen
Arbeitervereine — die unter Führung ihres Leiters erschienen
waren — für die Resolution stimmten, sich also gewissermaßen selbst
obrigleiten, wie Mehrlein treffend hervorhob.

Notizen für Gasarbeiter.

Gotha. Betriebsbesprechung und Versammlung am 10. Juli.
Ueber den Stand des jetzigen Streites sprach Kollege Verthold-Weinzig.
Er erklärte, daß die Situation noch sehr günstig für uns sei. Die
Verwaltung sei nicht imstande den drei Arbeitern aufrecht zu erhalten. In
letzterer Zeit sind jede Woche ein bis drei Arbeitswillige krank ge-
worden, da ihnen die Arbeit zu schwer ist. Da bis jetzt noch keine
Einkung erzielt werden konnte, wurde einstimmig beschlossen, einen
Bericht an den Generaldirektor der Continental Gasgesellschaft
Tessau zu senden, in welchem der Grund des Streiks und andere
Tinge geschildert werden sollen. Weiter wurde beschlossen, solange
zu streiken, bis Vertheid von Tessau eintritt. Ueber den Streik sind
die verschiedenartigsten Völgengerüchte verbreitet worden, so unter
anderen auch, daß der Verband keine Unterstützung mehr zahle usw.
Kollege Verthold ersuchte die Kollegen ruhig im Streik auszuhalten.
Dann wurde noch beschlossen eine Volksversammlung abzuhalten, um
das Publikum über die Ursachen des Streiks aufzuklären.

Schließlich wurden noch die Vorgänge vom Forzheim Streik ein-
gehend erörtert.